

Vielfalt – Das Bildungsmagazin

Vor Ihnen liegt die erste Nummer von „Vielfalt - Das Bildungsmagazin“.

Diese neue Publikation wird in Zukunft vierteljährlich über aktuelle Bildungsthemen und Debatten in NRW berichten, immer auch unter dem Aspekt der Teilhabe von MigrantInnen und ihren Nachkommen. Es erwarten Sie:

- aktuelle und regionale Meldungen
- Berichte über Bildungsstudien
- Reportagen über inklusive Projekte
- Tipps zu Medien und Projekten
- Dossiers interkultureller und inklusiver Praxis

Vielfalt – Das Bildungsmagazin ist eine Veröffentlichung aus dem Hause der Integrationsagentur der Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Mittelrhein e.V. Sensibilisierung und Information zu den Themen Antidiskriminierung und Rassismus gehört zu unseren Aufgaben.

Integration - eine Frage der Bildung?

Welchen Nutzen hat die aktuelle Integrationsdebatte, welche Folgen wird sie haben? Den Antworten können wir uns annähern durch genaues Zuhören und Lesen und indem wir Zwischentöne herausfiltern. Lange schon ermahnt die Pädagogik die Politik, sich nicht auf die Defizite der jungen Menschen mit Migrationshintergrund zu fokussieren. Seit mehr als 30 Jahren wird ein Paradigmenwechsel gefordert. Welche Integrationsleistungen erbringt der Kindergarten, die Schule, die duale Ausbildung, die Universität? Sind die Bildungseinrichtungen inklusiver, interkultureller geworden?

Ja und nein:

„Wenn ich mal ein türkisches Kind bekomme, werde ich es Halim nennen oder Merve“, sinnierte neulich eine zehnjährige Viertklässlerin mit deutsch-spanischem Hintergrund. Vollkommen ging die Integrationsdebatte auch an ihr nicht vorbei: „Die werden dann nicht mehr so total türkisch sein, ich bin ja auch nicht mehr so total spanisch oder deutsch.“

In den Grundschulen läuft derzeit das Einstufungsverfahren der Viertklässler auf Hochtouren. Eine



Mutter erklärte im Beisein der Kinder, dass die nahe gelegene Gesamtschule Türkisch als Zweitsprache anbietet, sei ein „K.o.-Argument für die Schule.“ Dahin kommt Luisa also nicht, weil da „Türken“ hingehen werden, die längst Einheimische sind. Auf dem Schulhof hört man Gespräche wie: Wer gut ist, kommt aufs Gymnasium, wer „mittel“ ist, auf die Realschule und die Schlechten, die kommen auf die Hauptschule. Die „Schlechten“ wissen mit ihren 9 und 10 Jahren, dass sie abgehängt werden, denn dumm sind sie nicht.

Was könnten Kinder aus der aktuellen Integrationsdebatte mitnehmen?

Dass ein Teil von ihnen schlechte Gene hat und

deshalb zum Versagen verurteilt ist?

Dass manche Menschen für immer „Ausländer“ oder „Fremde“ bleiben?

Dass Kinder, die auf dem Pausenhof türkisch sprechen, sich und anderen schaden?

Natürlich ist die Debatte um Integration nicht nur finster, möglicherweise ist sie sogar notwendig. Schließlich gibt es sie auch, die kritischen, demokratischen, betroffenen, engagierten Stimmen, die ebenfalls Gehör finden. Vielfalt - Das Bildungsmagazin hat für seine erste Ausgabe einige davon für Sie eingesammelt.

Einen guten Nutzen und Spaß beim Lesen wünschen Ihnen Mercedes Pascual Iglesias & Donja Amirpur.

Aus dem Inhalt:

Deutschpflicht auf Schulhöfen

mehr auf Seite 2

Stimmen zur Integrationsdebatte

mehr auf Seite 5

Der Islam ist eine Hautfarbe

mehr auf Seite 3

Interview: Bleiberechtsregelung

mehr auf Seite 6

Lehrer mit Migrationsgeschichte

mehr auf Seite 4

AWO Fachtagung

mehr auf Seite 10

Deutschpflicht auf Schulhöfen ausgebremst

„Im Unterricht, ganz klar, da soll Deutsch gesprochen werden. Alles andere gehört zur Privatsphäre. Wenn ein Tscheche sich mit seinem Landsmann unterhalten will, soll er das auch in seiner Muttersprache tun dürfen, auch auf dem Pausenhof oder im Bus bei der Klassenfahrt. Ich habe das während meiner Auslandszeit in den USA als vollkommen normal beobachtet, dass man sich außerhalb der Unterrichtsstunden einer Schule auch mit Freunden in seiner Muttersprache unterhält, ob deutsch, spanisch, russisch und was auch immer. Dieser kleine private Freiraum muss gestattet sein, auch hier in „D“.

So weit der Internetbeitrag einer Bloggerin in „gute Frage.net“ zum Thema Deutschpflicht auf Schulhöfen. Die Einstiegsfrage hatte am 28.09. ein Schüler formuliert: „Wir nehmen gerade das Thema Integration in Deutsch durch, und da wollte ich mal fragen, was ihr zu der so genannten Deutsch-Pflicht an Schulen denkt? Also, dass man auf dem Schulhof, im Klassenraum, auf Klassenfahrten/-ausflügen etc. nur deutsch sprechen darf. Würde mich mal interessieren. Danke schon mal. :D“

INTEGRATIONSDEBATTE IM KLASSENRAUM

Die Integrationsdebatte ist in den Klassenräumen und auf den Pausenhöfen der Republik angekommen. Erneut, wie schon vor sechs Jahren, als bekannt wurde, dass sich die Berliner Herbert-Hoover-Oberschule im März 2005 auf einer Schulkonferenz entschieden hatte, Deutsch verpflichtend einzuführen, machen sich viele die Entscheidung des LehrerInnenkollegiums, der SchülerInnen und der Eltern zu eigen und versehen sie mit Zwangs- und Bestrafungsphantasien.

Übrigens: an dieser Berliner Schule wird niemand bestraft, wenn er gegen die freiwillige Verpflichtungserklärung verstößt.

Sowohl die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), als auch FDP-Generalsekretär Christian Lindner brachten das nicht mehr so ganz taufrische Thema „Deutsch als Pflichtsprache auf Pausenhöfen“ wieder auf die politische Bühne. Lindner: „Es hilft der Integration, wenn dort deutsch nicht nur im Unterricht gesprochen wird, sondern auch auf dem Pausenhof.“

Aber was ist, wenn sich zwei Jungen zurückziehen,

um in der Ecke des Schulhofs türkisch zu sprechen? Brauchen wir Überwachungskameras und Wanzen? Die Süddeutsche Zeitung vermutet hinter Lindners Vorstoß gar ein Konjunkturpaket für arbeitslose Lehrer. Sondereinsatzgebiet Pausenhof. Kritik an der Forderung kam auch von den Grünen. Der integrationspolitische Sprecher der Grünen, Memet Kilic, bemerkte, in der öffentlichen Wahrnehmung werde damit der Eindruck erweckt, Migrantenkinder seien nur deshalb nicht so gut in der Schule, weil sie in der Pause in ihrer Muttersprache sprechen. Damit lenke die Bundesregierung nur von der eigenen Unfähigkeit in der Integrationspolitik ab.

KULTUSMINISTER GEGEN DEUTSCHPFLICHT

Am 15. Oktober lehnten schließlich die Kultusminister der Länder auf der Kultusministerkonferenz (KMK) in Berlin die Einführung einer Deutschpflicht entschieden ab und erteilten damit nicht nur der Integrationsbeauftragten, sondern auch der „Volksmeinung“ eine Abfuhr. Laut einer Emnid-Umfrage im Auftrag des Magazins Focus unter 1000 Personen hatten sich 75 Prozent dafür ausgesprochen, Deutsch zur Pflicht zu machen. Die Türkische Gemeinde reagierte erleichtert auf die Stellungnahme der Länderminister. „Es bedurfte eines Signals der KMK“, sagte der Bundesvorsitzende Kenan Kolat. „Ein Verbot der Muttersprache ist nicht hinnehmbar.“ Dies wäre ein „Signal der Unterwerfung“ und eine Stigmatisierung von Jugendlichen mit ausländischen Wurzeln. Die rheinland-pfälzische Bildungsministerin Doris Ahnen (SPD) sagte, die Idee des Sprachverbots sei „in keiner Weise geeignet“, Integrationsprobleme zu lösen. Der Deutsche Kulturrat und mehrere Migrantenverbände sprachen sich in einer gemeinsamen Erklärung für eine stärkere interkulturelle Bildung in der Gesellschaft aus.

Die Vielfalt kultureller Ausdrucksformen einschließlich der Muttersprache von Zuwanderern müsse stärker anerkannt werden, erklärte der Spitzenverband der Länderkulturverbände in Berlin. Vor allem Kinder und Jugendliche bräuchten eine individuelle Förderung unter Berücksichtigung ihres kulturellen Hintergrundes, so der Kulturrat. In der Erklärung verweisen die Unterzeichner auch auf die UN-Kinderrechtskonvention.

„Art. 29: Die Bildung des Kindes muss darauf gerichtet sein ... dem Kind Achtung vor seinen Eltern, seiner kulturellen Identität, seiner Sprache und seinen kulturellen Werten, den nationalen Werten des Landes, in dem es lebt, - und gegebenenfalls des Landes, aus dem es stammt, sowie vor anderen Kulturen als der eigenen zu vermitteln.“

„Art. 30: In Staaten, in denen es ethnische, religiöse oder linguistische Minderheiten oder Ureinwohner gibt, darf einem Kind, das einer solchen Minderheit angehört oder Ureinwohner ist, nicht das Recht vorenthalten werden, in Gemeinschaft mit anderen Angehörigen seiner Gruppe seine eigene Kultur zu pflegen, sich zu seiner eigenen Religion zu bekennen und sie auszuüben oder seine eigene Sprache zu verwenden.“

Nähere Informationen unter:

<http://www.bagiv.de/pdf/pe-deutschpflicht-mo.pdf>
<http://www.berlin.de/landespressestelle/archiv/2010/10/15/314662/index.html>



Der Islam ist eine Hautfarbe

EINE KOLUMNE VON KÜBRA YÜCEL

Eine Morddrohung habe ich erhalten. Meine erste. Ich sollte mich wohl geehrt fühlen. Eine Morddrohung ist ein Ritterschlag für jeden Meinungsmacher. Wer heutzutage was auf sich hält, schmückt sich mit seinen Kritikern und vor allem mit seinen Bedrohungen. Je gefährdeter die Person und Meinung, desto wichtiger wird man. Danke. Aber nun zum Thema.

Aus gegebenem Anlass - quasi als Dankeschön - schließe ich mich meinen Kritikern an und fordere einen Stopp der Islamisierung Europas. Auch ich finde es erschreckend, wie viele Menschen nun plötzlich zu „Muslimen“ gemacht werden. Unaufällige Bürger Deutschlands, die sich bis dato nie mit Religion oder dem Islam beschäftigt hatten, bekommen plötzlich ein "Muslim"-Etikett verpasst. Zack! Zum Beispiel meine atheistische iranische Freundin, die von vielen Deutschen pauschal unter der Kategorie „Muslimin“ geführt wird. Deswegen muss sie ihnen gegenüber ihre Partygänge und ihren Alkoholkonsum verteidigen. Oder ein türkischer laizistischer Bekannter, dem kein Schweinefleisch mehr angeboten wird. Die beiden wurden quasi zwangsislamisiert und hocken nun in einem Boot mit praktizierenden Muslimen. Und wie viele andere müssen nun auch sie geradestehen für eine Religion, die sie weder kennen noch kennen wollen. Dass wir alle in einem Boot sitzen, ist für uns alle sehr ungewohnt. Einige ergeben sich der Rollenzuschreibung und gehen auf spirituelle Entdeckungsfahrt.

Und - welch Überraschung! - entdecken die Religion

für sich. Yes, die Zwangsislamisierung funktioniert wunderbar. Und die Kopftuchmädchenproduktion wird angekurbelt. Interessant ist doch, wie es zu dieser Etikettierung kommt: Nicht etwa der türkische Gemüsehändler nimmt sie vor, sondern eben jene, die panisch vor der drohenden Islamisierung Europas warnen. Jene, die mit dem Finger auf jede phänotypisch undeutsche Person zeigen und „Moslem!“ rufen. Sie sind es, die meinen Freunden eine muslimische Identität geben, um sie anschließend darauf zu reduzieren und anzugreifen. Lustigerweise merken die Pseudokritiker nicht einmal, wie sie die groß machen, die sie eigentlich klein halten wollen. Muslime in Deutschland sind schon lange nicht mehr nur religiöse Menschen islamischen Glaubens. „Muslime“ in Deutschland sind die „Ausländer“ von früher, die „Gastarbeiter“ von damals. Und auch die Debatten und Diskussionen drehen sich nicht um den Islam als Religion, sondern um die Muslime als Ethnie. Der Islam wurde ethnisiert.

Für manche meiner Freunde ist das Muslimsein inzwischen wie eine Hautfarbe. Eine fremdbestimmte Identität. Und die Gesellschaft lässt ein Ablegen dieser Identität nicht zu.

Deshalb kann man bei Islamophobie sehr wohl von einer Form des Rassismus sprechen. Und der kann nicht durch Aufklärung über den Islam bekämpft werden, sondern durch Aufklärung über Rassismus. Deshalb, lieber Absender meines ersten Morddrohbriefs: Du bist ein Rassist. Es ist mir wichtig, dass das hier steht. Schwarz auf weiß.

Erstbdruck in der taz am 10. November 2010.

Die Autorin:

Kübra Yücel, 22, studiert B.A. Politikwissenschaften an der Universität Hamburg, war ein Jahr lang an der School of Oriental and African Studies (SOAS) in London. Nun wieder zurück in Hamburg, arbeitet sie neben ihrem Studium als Referentin und freie Journalistin.

Derzeit schreibt sie die Kolumne "Das Tuch" in der taz (Tageszeitung), die dort jeden zweiten Mittwoch im Gesellschaftsteil erscheint.

Ihren Blog finden Sie unter <http://ein-fremdwoerterbuch.blogspot.com/>





Hauptstelle RAA NRW Essen c/o RAA Düsseldorf, Yaman Communications

Vorbild und Vermittler – Lehrer und Lehrerinnen mit Migrationsgeschichte

An deutschen Schulen fehlen Lehrer und Lehrerinnen mit Migrationshintergrund, lautet eine These in der Diskussion über Bildungsbenachteiligung. Tatsächlich beträgt der Anteil der Lehrkräfte mit Migrationsgeschichte geschätzte zwei Prozent in Nordrhein-Westfalens öffentlichen Schulen. Dabei sind besonders Lehrer mit Migrationsbiografie Vorbilder für gelungene Integration und können als Vermittler zwischen den Kulturen fungieren, so das Ergebnis einer empirischen Untersuchung der Berliner Erziehungswissenschaftlerin Viola Georgi.

INTERKULTURELLE SCHULENTWICKLUNG

Bei der umfassenden Befragung von 200 Lehrern und Lehrerinnen mit Migrationshintergrund zeigte sich, dass sie „ein Schlüssel zur interkulturellen Schulentwicklung“ sind. Fast 70 Prozent gaben an, sich in besonderem Maße für den Bildungserfolg von Kindern aus Einwandererfamilien zu engagieren. Ihre Sprachkenntnisse setzen sie als Ressource ein, um besonders zu den Eltern ihrer Schülerinnen und Schüler einen guten Draht zu entwickeln. Acht von zehn dieser Lehrer fanden, dass sich ihr Einsatz lohne, weil sie das Selbstbewusstsein ihrer migran-tischen Schüler stärken.

In Nordrhein-Westfalen entstand auf Initiative des Ministeriums für Schule und Weiterbildung bereits vor drei Jahren das „Netzwerk Lehrkräfte mit Zu-

wanderungsgeschichte“ mit dem Ziel, mehr Abiturienten für den pädagogischen Beruf zu gewinnen. Für die Landeskoordinatorin Dr. Antonietta P. Zeoli sind Lehrerinnen und Lehrer mit einer eigenen Migrationsbiografie für alle Schüler und Schülerinnen Vorbilder. „So wird gesellschaftliche Realität auch im Kollegium der Schulen sachgerecht reflektiert. Heute sind Lehrerzimmer immer noch kein Spiegel der Gesellschaft.“ Mittlerweile zählt das Lehrernetzwerk knapp 300 Mitglieder aus allen Schulformen. Jedes Mitglied hat eine ganz eigene Zuwanderungsgeschichte und hat erfolgreich seine schulische Laufbahn bis hin zum Lehrerberuf gemeistert. Sowohl Oberstufenschüler- und schülerinnen als auch Lehrer und Lehrerinnen mit Zuwanderungsgeschichte werden durch die erfahrenen Kollegen und die Koordinatorin unterstützt.

DAS ERFOLGSGEHEIMNIS

Das Erfolgsgeheimnis des Netzwerkes liegt unter anderem in der Heterogenität seiner Mitglieder, so Zeoli. Zum Angebot des Netzwerkes gehören zum Beispiel Fortbildungen zum Umgang mit Vielfalt an Schulen und eine „kultursensible Laufbahnberatung“.

Ein Mitglied des Lehrernetzwerkes ist der 33-jährige Mahmut Ezikoğlu. Der Lehrer mit türkischen Wurzeln lebt in der zweiten Generation in Deutschland

und unterrichtet am Grillo-Gymnasium in Gelsenkirchen Mathematik, Sport und Informatik. An der Schule liegt der Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund bei 35 Prozent. Bei knapp sechzig Lehrkräften unterrichten hier immerhin fünf Lehrer mit Zuwanderungsgeschichte.

STRUKTURELLE BARRIEREN

Die Vorurteile, gegen die potentielle Lehrer während ihrer Schulzeit ankämpfen müssten, und die finanziellen Belastungen, die mit einem Studium einhergingen, machten ein Lehramtsstudium wenig attraktiv, erklärt der Pädagoge Ezikoğlu: „Ohne Bafög hätten mein Bruder und ich nicht studieren können.“

Hat man es erst einmal geschafft, kann der Migrationshintergrund durchaus nützlich sein, berichtet Ezikoğlu. Den Schülern gegenüber kann man als Vorbild dienen, sie sehen, dass man es mit ausländischen Wurzeln durchaus schaffen kann, Lehrer zu werden. Auch in der Kommunikation mit den Eltern kann die andere Herkunft helfen, Kontaktängste abzubauen. Ein heterogenes Kollegium ist ein wesentlicher Beitrag für die interkulturelle Öffnung der Schule.

Maria Pena Ortega und Laura da Silva Carvalho

Stimmen zur aktuellen Integrationsdebatte

„Muss ich Schweinefleisch essen und Bier trinken, um als Deutscher angesehen zu werden?“

ROLAND PREUSS kommentierte am 12. Oktober in der Süddeutschen Zeitung die Aufregung des bayerischen CSU-Ministerpräsidenten Horst Seehofer. Dieser hatte in einem „7-Punkte-Plan zur Integration“ ein weiteres Mal die Forderung gestellt, Deutschland dürfe kein Einwanderungsland werden. „Im Grunde lebt Horst Seehofer bereits in einer Welt, die ihm gefallen müsste, nämlich in der Null-Zuwanderungs-Welt. Denn das, was der CSU-Vorsitzende am Wochenende so lautstark gefordert hat, den Zuzug aus 'anderen Kulturkreisen' zu stoppen, ist bereits seit Jahren Wirklichkeit in Deutschland. Unter dem Strich gibt es kaum noch Einwanderer aus muslimischen Staaten. Vergangenes Jahr zogen gut 8000 Menschen mehr in die Türkei als umgekehrt nach Deutschland kamen: Rentner, die in ihre alte Heimat zurückkehrten beispielsweise. Auch nach Bosnien-Herzegowina wanderten fast 1500 Menschen mehr aus als einwanderten. Auswanderungsland Deutschland - das gilt auch für Muslime.“

Am Rande einer Kölner Party kündigt **MESUT A.** (Dolmetscher von Beruf) an, er habe seine Bestimmung gefunden, er sei jetzt Integrationsverweigerer und er kritisiert: „Kenan Kolat von der Türkischen Gemeinde Deutschland benimmt sich wie ein abgewiesener Liebhaber, der seiner Angebeteten immer wieder seine Vorzüge präsentiert.“

In einem türkischen Imbiss äußerten sich die Gäste **ÖZKAN L.** und **HASSAN K.** zunächst erfreut, zu ihrer Meinung in der Integrationsdebatte gefragt zu werden, bemerkten dann aber, dass es kein Thema des Alltags, sondern der Politik und der Medien sei. „Wir sollen unsere Kultur aufgeben, das verstehen die meisten unter Integration, vor allem wenn man aus der Türkei kommt.“ Ein anderer beklagte, dass es außerhalb der Arbeit keine Orte der Begegnung mit Deutschen gebe.

Die dreißigjährige Studentin **MITRA F.** sagte bei einer kleinen Befragung, durchgeführt von Bochumer Studentinnen im Stadtteil Querenburg: „Ich fühle mich von der Integrationsdebatte nicht angegriffen. Ich finde es richtig und gut, dass Migranten in Deutschland besser Deutsch sprechen sollen. Mir begegnen Deutsche mit viel Respekt, weil ich Physikerin bin. Das ist hier selten. In Iran erging es mir nie so, da war das ganz normal.“

KENAN KOLAT von der Türkischen Gemeinde Deutschlands warnt vor dem Hintergrund der Sarrazin-Debatte und verschiedener Studien, wonach deutsche Jugendliche keine türkischen Nachbarn haben möchten, vor einem gesellschaftlichen Rechtsruck: „Am gefährlichsten ist, dass Rassismus in Deutschland sich wandelt von einem Nazi-Aussehen hin zu einem ‚Rassismus in Krawatte‘.“

BEATE BLÜGGEL, Leiterin der RAA Köln, findet die Integrationsdebatte auf „merkwürdige Weise“ förderlich. Das Thema beschäftige viele und das sei auch notwendig: „Es ist peinlich, dass diejenigen Kinder mit Migrationshintergrund an den deutschen Unis besser abschneiden, die erst nach dem Abitur nach Deutschland kommen. Was sagt das über unser Bildungssystem aus?“

In seiner Rede zum 20. Jahrestag der deutschen Einheit äußerte sich **BUNDESPRÄSIDENT CHRISTIAN WULFF** dezidiert zur Integrationsdebatte: „Weil diese Menschen mit ausländischen Wurzeln mir wichtig sind, will ich nicht, dass sie verletzt werden in durchaus notwendigen Debatten. Legendenbildungen, die Zementierung von Vorurteilen und Ausgrenzungen dürfen wir nicht zulassen. Das ist in unserem eigenen nationalen Interesse.“



aboutpixel.de, Sergei Brehm

Neue Bleiberechtsregelung für geduldete Kinder und Jugendliche

Mercedes Pascual Iglesias sprach mit Claus-Ulrich Pröbß, Flüchtlingsrat Köln, über den Beschluss der Innenministerkonferenz

Auf der letzten Innenministerkonferenz (IMK) wurde beschlossen, Kindern und Jugendlichen von Flüchtlingen mit Duldungsstatus ein Aufenthaltsrecht unabhängig von ihren Eltern zu gewähren. Haben die Beratungsstellen für Flüchtlinge wie der Kölner Flüchtlingsrat bereits konkrete Hinweise erhalten, wie dieser Beschluss in der Praxis umgesetzt wird?

Nein, bislang ist der entsprechende IMK-Beschluss im Wortlaut noch gar nicht veröffentlicht worden. Darüber hinaus wird es die Aufgabe der Bundesländer sein, den Beschluss im Rahmen von Erlassen auszuführen.

Es wird davon gesprochen, dass nur Kinder und Jugendliche von dieser Neuregelung profitieren sollen, die gute Schulleistungen erbringen. Heißt das, dass nur Schüler von Gymnasien einen Aufenthalt erhalten sollen?

Was das genau heißt, ist sicherlich abhängig vom Beschlusswortlaut und den Ausführungsbestimmungen der Länder. Wir gehen aber davon aus, dass ein „erfolgreicher“ Schulbesuch ausreicht, egal auf

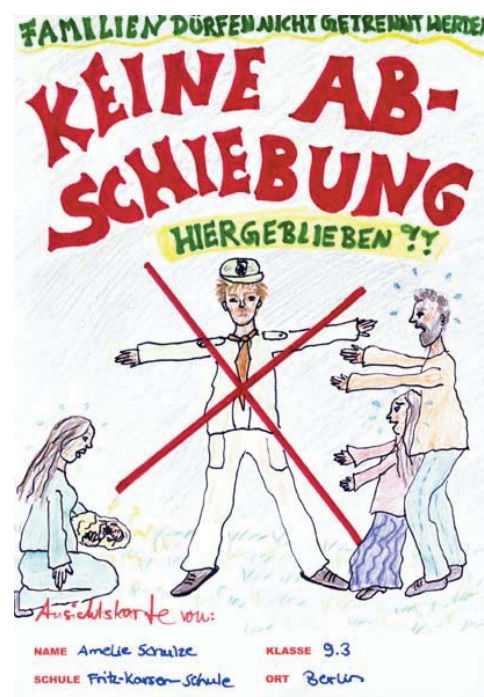
welcher Schule.

Haben Sie eine erste Einschätzung über die Anzahl der Kinder und Jugendlichen, die von dieser Regelung betroffen sein könnten?

Grundsätzlich dürften bundesweit nur rund 4.500 bis 5.000 jugendliche Flüchtlinge in Frage kommen. Je nach dem, wie der für diese Regelung erforderliche „erfolgreiche“ Schulbesuch definiert werden wird, kann sich die Gesamtzahl der potentiell Begünstigten noch weiter erheblich reduzieren.

Ist der Beschluss der Innenministerkonferenz angemessen, um die Probleme der geduldeten Kinder und Jugendlichen in Deutschland zu beheben?

Der IMK-Beschluss erfüllt unsere Erwartungen überhaupt nicht. Auch die Justizministerin Sabine Leutheuser-Schnarrenberger hatte viel weitergehende Vorstellungen. Was wir vor allem brauchen, ist sowohl eine neue und dann auch vernünftige Bleiberechtsregelung für Flüchtlinge und ihre Familien als auch die ausländerrechtliche Berücksichtigung des Kindeswohls nach der UN-Kinderrechtskonvention.



Wettbewerb <http://www.hier.geblieben.net/>

30 Jahre RAA in NRW

Jubiläum der Hilfsangebote für Zuwanderer-Kinder „Regionale Arbeitsstellen zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher“ lautete bei ihrer Gründung 1980 der Titel der „RAAs“. Mittlerweile ist das Wort „ausländisch“ aus dem Titel durch „aus Zuwandererfamilien“ ersetzt worden.

Diesen Kindern und Jugendlichen stehen die MitarbeiterInnen der heute 27 nordrhein-westfälischen RAA mit Förderung und Beratung zur Verfügung. Sprachliche Bildung, Elternarbeit und Interkulturelles Lernen stehen dabei nach wie vor im Zentrum. Vor dreißig Jahren gab es im Rahmen des Modellversuchs der „Bund-Länder-Kommission für Bildungsfragen“ acht Einrichtungen, deren Dauer auf vier Jahre ausgelegt war. Der Bedarf ist seither ge-

waltig angestiegen. Seit 1986 konnten Kommunen mit einem Zuwandereranteil über dem Landesdurchschnitt mit Hilfe von Landesmitteln eine RAA einrichten. Zugenommen hat auch die Vielfalt der Aufgaben.

Im letzten Jahr, erklärt die Referentin der RAA-Hauptstelle in Essen, Livia Daveri, erreichten die RAA in Nordrhein-Westfalen mit ihrem interkulturellen „Rucksack“-Lernangebot 3755 Familien in Kindertagesstätten, zusätzlich 93 Kleinkind-Gruppen mit dem speziellen Sprachlernkonzept „Griffbereit“. Erzieherinnen werden ebenso wie Eltern informiert und beraten: „Viele Eltern“, so Daveri, „sind verunsichert zum Beispiel in der Frage, in welcher Sprache sie mit ihren Kindern sprechen sollen.

Wir bestärken sie darin, die Sprache zu wählen, in der sie sich und ihre Gefühle am besten ausdrücken können. Wir sagen, man muss alle Sprachen der Kinder willkommen heißen.“ Integrationsminister Guntram Schneider erklärte beim Festakt in Essen am 9. November, die RAA stünden für die konzeptionelle Arbeit beispielsweise im Bereich der frühen Bildung für die Fortbildung von Erzieherinnen und Lehrkräften, für Beratung und Organisation kommunaler Integrationskonzepte, für Vernetzung und Kooperation mit anderen Einrichtungen wie z.B. den Migrantenselbstorganisationen: „Die Arbeitsstellen sind ein Erfolgsmodell.“

www.raa.de



Studie nimmt das Vorleseverhalten von Migrantenfamilien in den Blick

Familien mit Migrationshintergrund legen ein sehr unterschiedliches Vorleseverhalten an den Tag, das zeigt die Studie „Vorlesen und Erzählen in Familien mit Migrationshintergrund“, die von der Stiftung Lesen, der „Zeit“ und der Deutschen Bahn realisiert wurde. In 36 Prozent dieser Familien lesen die Mütter, in 12 Prozent die Väter ihren Kindern täglich vor, in jeder achten Familie liest jedoch niemand vor. Das Gleiche gilt für einen zweiten wichtigen Impuls zur Vermittlung von Sprach- und Lesekompetenz: das Erzählen von Geschichten. In 30 Prozent der Familien

wird es von der Mutter, in 13 Prozent vom Vater täglich praktiziert, in fast jeder vierten Familie erzählt allerdings niemand den Kindern Geschichten. Heinrich Kreibich, Hauptgeschäftsführer der Stiftung Lesen, zieht das Fazit: „Gerade dort, wo weder Vorlesen noch Erzählen in der familiären Tradition eine Rolle spielen, muss so früh wie möglich angesetzt werden, um junge Eltern zu sensibilisieren.“

Die Studie finden Sie unter

<http://www.stiftunglesen.de/vorlestudie/default.aspx>

Ost und West nähern sich an - auch beim Thema Ausländerfeindlichkeit

Bei der Verbreitung von Ausländerfeindlichkeit unter jungen Deutschen lassen sich nach Einschätzungen von Sozialwissenschaftlern des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen keine grundsätzlichen Ost-West-Unterschiede mehr feststellen. Eine Befragung unter 45 000 Jugendlichen habe gezeigt, dass es Gebiete in Ostdeutschland gebe, in denen junge Menschen überhaupt nicht ausländerfeindlich eingestellt seien, in einigen Regionen Süddeutschlands hin-

gegen sei diese Haltung durchaus verbreitet.

Der Studie folgt nun eine weitere, die sich mit den Ursachen für die ausländerfeindlichen Einstellungen beschäftigt, denn klassische Indikatoren wie Arbeitslosigkeit und niedriges Einkommen stehen nicht mehr zwangsweise im Zusammenhang mit Ausländerfeindlichkeit.

Weitere Informationen unter www.kfn.de

Mehr Malermeister in deutsche Kitas

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) will mehr Männer für den Beruf des Erziehers begeistern. Das berichtete sie Anfang November dem Hamburger Abendblatt. Mit Umschulungsmaßnahmen möchte die Familienministerin das Fehlen von rund 8000 ErzieherInnen bis 2013 bekämpfen: „Ich bin mir ganz sicher, dass gerade ein gestandener Malermeister auf seine Art in den

Kitas super ankommen könnte. Die Kinder lernen Dinge, die ihnen die Erzieherin nicht mitgeben kann.“

Die Redaktion fragt: „Mit welchen Gehältern will die Ministerin Männer in die Kita locken?“

Wenig Betreuung für die Kleinen - Schlusslicht Nordrhein-Westfalen

Das Land Nordrhein-Westfalen ist weiterhin Schlusslicht bei der Betreuung der unter Dreijährigen (U3). Das geht aus dem jährlich vorgelegten Ländervergleich des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden hervor.

Die Zahl der Kinder unter drei Jahren in Kindertagesbetreuung steigt weiter an. Wie das Statistische Bundesamt am 10. November 2010 mitteilte, wurden im März 2010 rund 472 000 Kinder unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen oder in öffentlich geförderter Kindertagespflege betreut. Dies waren 55 000 Kinder mehr als ein Jahr zuvor. Der Anteil der Kinder in Tagesbetreuung an allen Kindern dieser Altersgruppe (Betreuungsquote) belief

sich damit bundesweit auf 23,1% (+ 2,7 Prozentpunkte gegenüber 2009).

Wie in den Vorjahren war in den ostdeutschen Bundesländern insgesamt die Betreuungsquote mit 48,1% fast dreimal so hoch wie in den westdeutschen Bundesländern (17,4%). Die höchsten Betreuungsquoten für Kinder unter drei Jahren gab es in Sachsen-Anhalt (56,0%), gefolgt von Brandenburg (51,0%) und Mecklenburg-Vorpommern (50,8%). Unter den westdeutschen Flächenländern hatte Rheinland-Pfalz mit 20,3% die höchste Betreuungsquote. Die bundesweit niedrigste Betreuungsquote gab es im März 2010 in Nordrhein-Westfalen (14,0%).

Es bestehe eine große Unterfinanzierung im Kita-Bereich, erklärte Wolfgang Jörg, jugendpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im NRW-Landtag, das schlechte Abschneiden des bevölkerungsstärksten Bundeslandes. Schuld daran sei die schwarz-gelbe Vorgängerregierung. Die Situation stelle sich als katastrophal dar, so Jörg weiter. Die Betreuungsquote müsse bis 2013 mehr als verdoppelt werden.

Die Landesregierung hat zusätzlich mit Folgekosten aus einem Urteil des Verfassungsgerichts in Münster zu rechnen: Danach muss das Land den weiteren U3-Ausbau bezahlen, nicht die Kommunen.

NRW will Kopfnoten tilgen

Erste Schritte zur Schulreform

Nach einer Experten-Anhörung im Landtag von Nordrhein-Westfalen will die rot-grüne Minderheitsregierung für das neue Schulhalbjahr ab Januar 2011 zunächst folgende Neuerungen beschließen: Kopfnoten zum Arbeits- und Sozialverhalten in Form von Ziffern werden abgeschafft. Verbindliche Grundschulgutachten für weiterführende Schulen wird es nicht mehr geben, stattdessen entscheiden die Eltern. Laut Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hatten sich 40 Prozent der bisherigen Empfehlungen als unrichtig erwiesen. Zudem soll es den Kommunen freigestellt werden, Grundschulbezirke einzuführen, die festlegen, welche wohnortnahe Schule ein Kind besuchen kann.



aboutpixel.de, Timo Platte

Offensive „Frühe Chancen“

Kitas mit besonderem Sprachförderbedarf können sich jetzt bewerben.

Weil fehlende Sprachkompetenzen Erfolg in Schule und Beruf beeinträchtigen können, hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Stärkung von Sprachkompetenz von frühestem Kindesalter an das Programm „Offensive Frühe Chancen“ aufgelegt. In den zu fördernden

„Schwerpunkt-Kitas Sprache und Integration“ soll die Betreuungsrelation deutlich verbessert werden. Jede Förder-Kita erhält pro Jahr 25 000 € für eine Halbtagsstelle für zusätzliches besonders qualifiziertes Personal, insbesondere zur Sprachförderung unter Dreijähriger.

Kitas mit besonderem Sprachförderbedarf, die auch Kinder unter drei Jahren betreuen (insgesamt mindestens 40 Kinder), können sich für das neue Pro-

gramm bis zum 15. Dezember 2010 bewerben. Insgesamt werden zum Förderbeginn im Frühjahr 2011 rund 3000 Einrichtungen ausgewählt, die überdurchschnittlich häufig von Kindern mit besonderem Sprachförderbedarf besucht werden.

Fragen und Antworten zur Offensive Frühe Chancen finden sich unter <http://www.fruehe-chancen.de/allgemein/dok/6.php>

Medientipps

Argumente zur Integrationsdebatte

Integrationsverweigerung, Zuwanderungsstopp und verfehlt Integrationspolitik: Die aktuelle Integrationsdebatte wird stark von Schlagworten geprägt. Sie werden verwendet, ohne dass die Argumente bekannt sind, die wir benötigen, um Diskussionen anzuregen und aufzuklären. Darum haben die Verantwortlichen der Fachbereiche im Team des Berliner Integrationsbeauftragten kurzfristig einen kompakten internetbasierten „Argumentebaukasten“ entwickelt, in dem zentrale Behauptungen und Stereotype aufgegriffen und durch Fakten ersetzt werden.

Ein Teaser ermöglicht die Verlinkung auf Ihrer Homepage.

Direkter Link zur Baukastenseite:

http://www.berlin.de/lb/intmig/schlagworte_der_integrationsdebatte_start.html



Positionen zur Integrationsdebatte

Einige wesentliche Positionen in der Integrationsdebatte hat die Deutsche Presseagentur knapp und anschaulich zusammengefasst: Wer eine Diskussion mit KollegInnen, Eltern und SchülerInnen führen möchte, kann sie sich unter folgender Adresse herunterladen:

<http://www.gmx.net/themen/nachrichten/ausland/966rx0k-positionen-in-der-integrationsdebatte>

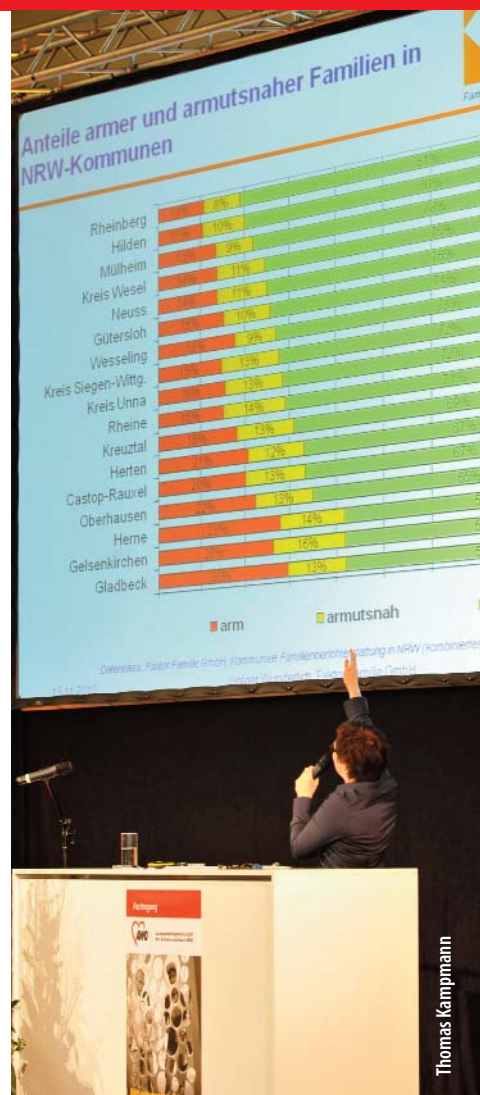
Fachtagung „Bildungsgerechtigkeit/ Keine Zukunft ohne Bildung“

„Wir wollen die Bekämpfung der Kinder- und Jugendarmut noch stärker als Querschnittsthema angehen“, erklärte NRW-Familienministerin Ute Schäfer auf der Fachtagung „Bildungsgerechtigkeit / Keine Zukunft ohne Bildung“ der Landesarbeitsgemeinschaft der Arbeiterwohlfahrt NRW Mitte November in Schwerte. Der Grund: „Jedes vierte Kind in Nordrhein-Westfalen lebt in Armut – immerhin 760.000.“

Für die Arbeiterwohlfahrt ist Armut kein neues, sondern – seit ihrer Gründung vor 90 Jahren – ein zentrales Thema. Auf der diesjährigen „Armuts“-Tagung stand die fehlende Bildungsgerechtigkeit im Mittelpunkt. Unter dem Beifall der 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung beklagte Bodo Champignon, Vorsitzender der AWO Landesarbeitsgemeinschaft NRW, nicht nur, dass „diese Tatsache von Politik und Gesellschaft oftmals nur resignierend zur Kenntnis genommen wird“, son-

dern unterstrich die Forderung nach einer Kindergrundsicherung, die gemeinsam mit dem DGB, der GEW, dem Deutschen Kinderschutzbund und dem Paritätischen erhoben wird. „An dieser politischen Forderung ändert auch die geplante Einführung einer Bildungschipkarte durch die Bundesregierung nichts. Es muss unser aller Anliegen sein, Kinder von Geringverdienern und Hartz IV-Empfängern bildungsmäßig nicht zu diskriminieren und zu stigmatisieren“, betonte Champignon. Kindertageseinrichtungen mit U3-Betreuung und der Offene Ganztag in den Schulen würden bereits zu mehr Bildungsgerechtigkeit beitragen, „die Rahmenbedingungen sind aber immer noch nicht geeignet, die Entwicklungschancen der Kinder und Jugendlichen – unabhängig von den wirtschaftlichen Gegebenheiten des Elternhauses – nachhaltig zu befördern.“

Thomas Kampmann



Thomas Kampmann

Die Integrationsagentur stellt sich vor:



Blickwechsel:
Strukturen schaffen für Integration



Neue Broschüre

Die Integrationsagentur der Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Mittelrhein e.V. stellt ihre Arbeitsschwerpunkte in der Broschüre „Blickwechsel: Strukturen schaffen für Integration“ vor.

Bestelladresse: Vielfalt@awo-mittelrhein.de

Impressum

Herausgeber:
Arbeiterwohlfahrt
Bezirksverband Mittelrhein e.V.
Integrationsagentur
Dienststelle Venloer Wall 15, 50672 Köln

Redaktion
Mercedes Pascual Iglesias, Donja Amirpur
sowie Meike Bogdan, Maria Pena Ortega,
Laura da Silva Carvalho, Universität Bochum

Verantwortlich (i. S. d. P.)
Andreas Johnsen, Geschäftsführer

Telefon: 0221 – 29942874
E-Mail: vielfalt@awo-mittelrhein.de

Haftungshinweis:
Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

© AWO Bezirksverband Mittelrhein e.V.
Abdruck, auch in Auszügen, erwünscht, jedoch nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Gefördert durch:

Ministerium für Arbeit,
Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

